



FINO-Pointer 23.08.2019

Zwischen Panik und Fatalismus: Libanon auf dem Weg in die syri- sche Nachkriegsordnung

Michael Frey (FINO)

Lead.

Der libanesischer Ministerpräsident Saad Hariri kehrte letzte Woche nach einer fünftägigen Reise aus den USA in seine Heimat zurück, doch der Blick der Libanesen blieb auch danach in Richtung Amerika gerichtet: Am Donnerstag stand die Neueinschätzung der Kreditwürdigkeit des Mittelmeerstaates durch die Ratingagentur Standard & Poor's an. Da sich die Eliten des am drittstärksten verschuldeten Landes der Welt auch nach der langersehnten Regierungsbildung im Januar dieses Jahres nicht dazu durchringen konnten, die von internationalen Geldgebern verlangten Reformen im Staatshaushalt und in der Verwaltung über die politischen Gräben hinweg durchzusetzen, drohte die Herabstufung von B- nach CCC.

Die libanesischer Öffentlichkeit befand sich in Angesicht dieses Verdiktes in einem Zustand zwischen Panik und Fatalismus. Zeitungen wie al-Nahar etwa fürchteten, dass die Herabstufung in den endgültigen ökonomischen Kollaps führen würde, was im Libanon immer auch die Gefahr impliziert, dass die angespannte Sicherheitslage in einen Bürgerkrieg eskaliert. Al-Akhbar wiederum will vernommen haben, dass sich Saad Hariri auf seiner USA-Reise mit politischen Zugeständnissen eine Verschiebung der Neubewertung um sechs Monate erkaufte hat. So soll er etwa im Streit um Gasvorkommen im

Grenzgebiet zwischen Israel und Libanon in wichtigen Punkten nachgegeben sowie zugesichert haben, die Bewerbung von General Electric um Projekte zur Verbesserung der desolaten libanesischer Elektrizitäts-Infrastruktur zu unterstützen. Dies sei eine teuer erkaufte Verlängerung der Frist um sechs Monate für etwas, das sowieso nicht mehr zu retten sei, so der Tenor in al-Akhbar. Zudem würde während dieser kurzen Zeit der internationale Reformdruck auf Libanon nur noch erhöht.

Diese jüngste Episode im Streit um die Finanzen zeigt, dass Libanon selbst die libanesischer Politik wieder stärker zu beschäftigen beginnt als es in den vergangenen Jahren oft der Fall war, in denen die Ereignisse in Syrien den kleinen Nachbar vor sich hertrieben. Ein weiteres Ereignis von Ende Juni machte dies ebenfalls deutlich: Bei einer Schiesserei in Qabr Shammoun hatten Anhänger des Drusen Walid Jumblatt an einer Strassensperre zwei Bodyguards des ebenfalls drusischen Staatsministers für Vertriebenenfragen, Saleh al-Gharib, getötet. Was zunächst nach der Fortsetzung eines innerdrusischer Konflikts aussah – der Druse Talal Arslan, dessen Partei al-Gharib angehört, und Jumblatts Gefolgsleute hatten sich während Wochen um Ministerposten gestritten

–, entpuppte sich bald als eines jener Missverständnisse, wie es sie nur in Libanon geben kann: Die Angreifer wähten angeblich nicht al-Gharib, sondern den mit ihm verbündeten Ausenminister Gebran Bassil im Autotross, der an der Strassensperre von einem Besuch der Dru-sengebiete in den Distrikten Aley und Chouf hätte abgehalten werden sollen. Bassil, der als Angehöriger der christlichen Freien Patriotischen Bewegung (FPB) ein enger Parteigänger des Präsidenten Michel Aoun ist, hatte zuvor mit Anspielungen auf die Kämpfe zwischen Dru-sen und Christen während dem Bürgerkrieg 1975-90 provoziert. Mittlerweile streiten sich die politischen Lager darum, welches Gericht die verworrenen Ereignisse untersuchen soll. Nachdem sich ein Militärgericht der Sache angenommen hatte, verlangten nun die Anhänger al-Gharibs, den Fall an den Justiztrat zu delegieren, an das höchste für solche Sicherheitsfragen zuständige Gericht. Jumblatt und seine Verbündeten wehrten sich dagegen. Dabei geht es bei der Frage betreffend die gerichtliche Zuständigkeit nicht primär um ein juristisches Problem, sondern wie so oft in Libanon darum, den Fall vor ein der einen oder anderen Partei wohlgesinntes Richtergremium zu bringen. Da nur der Ministerrat die Zuständigkeit des Gerichts ändern kann, blockierte der Zwischenfall das oberste Regierungsorgan während Wochen.

Obschon solche Ereignisse für die schwer zu durchschauende Komplexität der libanesischen Politik und Gesellschaft stehen, werfen sie auch die Frage auf, inwiefern sie Vorboten einer sich abzeichnenden Nachkriegsordnung im Nachbarland Syrien sind. So ist bereits der Konflikt zwischen al-Gharib respektive Arslan einerseits und Jumblatt andererseits auch ein syrischer: Die beiden stehen innerhalb der drusischen Gemeinschaft für jene Kräfte im Libanon, welche sich auf die Seite des syrischen Regimes stellen (al-Gharib/Arslan) oder aber dieses scharf kritisierten (Jumblatt). Die pro-syrischen Hizbollah und FPB warfen daher ihr ganzes Gewicht

hinter al-Gharib, während der Syrien-Kritiker Jumblatt Sukkurs von Hariris sunnitischer «Zukunftsbewegung» sowie den christlichen Forces Libanaises von Samir Geagea gestützt wird. Allgemein bleibt zu beobachten, wie sich der Sieg des syrischen Regimes und seiner libanesischen Helfer im syrischen Bürgerkrieg weiter auf die libanesischen Innenpolitik auswirkt. Die pro-syrischen Kräfte im Libanon konnten ihre Macht bereits in den Wahlen im Mai 2018 ausbauen und ihren Einfluss danach besonders dadurch stärken, dass sie sich wichtige Ministerposten sicherten – so etwa das Justiz- und das Verteidigungsministerium, die FPB-Ministern unterstehen. In den kommenden Monaten wird die pro-syrische Allianz versuchen, ihre Macht weiter auszubauen. Die innenpolitischen Dynamiken werden dabei besonders dadurch bestimmt werden, wie die Hizbollah ihre Nachbürgerkriegsrolle definiert, d. h. wie sie ihr Verhältnis zum Regime in Damaskus ausgestaltet und welche Ansprüche sie an die libanesischen Gesellschaft stellt. Unter dem Strich dürften die Entwicklungen darauf hinauslaufen, dass die libanesischen Politik wieder stärker syrisch geprägt sein wird – ähnlich wie dies vor 2005 der Fall war, als das syrische Regime noch Streitkräfte im Libanon stationiert und die libanesischen Politik direkt mitbestimmt hatte. Die «Rückkehr» nach Libanon wird dem syrischen Regime jedoch nur dann gelingen, wenn die christliche FPB Verbündete der Hizbollah bleibt. Der FPB-Anführer, Präsident Michel Aoun, kehrte erst nach dem Abzug der syrischen Truppen 2005 nach 15-jährigem Exil in den Libanon zurück. Heute ist er ein wichtiger Brückenpfeiler des syrischen Regimes im Libanon. Dass dies nicht so bleiben muss, liegt ebenfalls in der Logik der libanesischen Politik, die von sehr dynamischen Blockbildungen und auch immer wieder pragmatischen Mikroallianzen geprägt ist.

https://www.fino.unibe.ch/formate/fino_pointer/index_ger.html